Der Oberschlesische Wanderer

Nr. 245
95. Jahrgang
Verlagsort Gleiwitz

Montag, den 22. Oktober 1923

Postscheck-Konto Breslau 1382. Telegramme Wanderer Gleiwitz. Gerichtsstand Gleiwitz
Fernsprecher Gleiwitz 171, 172, 231.
Preis: 80000000 deutsche Mk., f. poln. Oberschl. 10000 poln. Mk.

Heute: Sport in Oberschlesien

Wanderer

Alte, n[illegible]liche Zeitung des Industriebezirks, beste Anzeigenblatt

Der „Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis für die Woche vom 22.—28. Oktober in Deutsch-Oberschlesien vierhundert Millionen Mark, in Polnisch-Oberschl. 35000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — —

Anzeigenpreise: Schlüsselzahl 2 Millionen. Grundzahl: Die einsp. mm-Zeile in Dtsch.-Oberschl. für auswärt. Anzeigen 40 Mk., für Ortsanzeigen 25 Mk., Reklame-mm-Zeile für ausw. Anzeig. 120 Mk., für Ortsanzeig. 70 Mk., Amtl. Finanz- u. Heilmittelanzeigen 50 Mk. In Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 8000 poln. Mk., für Ortsanz. 7000 poln. Mk. ohne Schlüsselzahl. Angebots- und Auskunftsvermittlg. 2000000 Mk. und Porto. Beilagengebühr 5000000 M. %. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akkord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort

Verständigungsverhandlungen mit Bayern

Putsch der rheinischen Sonderbündler in Aachen – Gegenbewegung der Gewerkschaften

Berlin, 22. Oktober. Der gestern zusammengetretene Reichsrat tagte unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert. Soweit der „Montag Morgen" unterrichtet ist, geht die Auffassung im Kabinett über die Lage in Bayern dahin, daß eine friedliche Lösung des bayerischen Konfliktes noch immer im Bereiche der Möglichkeit liegt. Es fehlt jedenfalls nicht an letzten Anstrengungen, den bayerischen Regierungsstellen eine goldene Brücke zu bauen.

Geßler und von Seeckt bleiben

Die bayrische ultimative Rücktrittsforderung abgelehnt — Heute Beginn der Verständigungsverhandlungen — Die Reichsexekutive gegen Bayern erwogen.

Ch. Berlin, 22. Oktbr. (Eig. Ber.) Wie die Magdeburgische Zeitung meldet, hat das Reichskabinett gestern die Reichs-Exekutive gegen Bayern beschlossen, sofern die heute Montag beginnenden Verständigungs-Verhandlungen keine Aenderung des Standpunktes Bayerns bringen. Die ultimative Forderungen der bayerischen Regierung nach Rücktritt des Reichswehrministers Geßler und des Chefs der Heeresleitung v. Seeckt wurde vom Reichskabinett einstimmig abgelehnt.

Die bayrischen Garnisonen leisten Lossow keine Gefolgschaft mehr

Ch. München, 22. Oktbr. (Eig. Ber.) Die Revolten des Generals v. Lossow gegen die Reichsregierung finden nicht die unbedingte Gefolgschaft der bayerischen Reichswehr-Garnisonen. Sonntag abend weigerten sich die Garnisonen Ansbach, Nürnberg und Würzburg Befehle von General von Lossow entgegenzunehmen.

Vermittler bereits tätig

Ch. Berlin, 22. Okt. (Eig. Ber.) Abgeordnete der bayerischen Volkspartei waren gestern beim Reichskanzler, um ihm ihre Vermittelung im Konflikt zwischen dem Reiche und Bayern anzubieten. Mitglieder der Partei sind nach München abgereist, um auch dort zu intervenieren. Der bayrische Gesandte v. Preger bleibt in Berlin wie auch der Reichsgesandte in München bisher nicht abberufen worden ist.

Eine Kundgebung v. Kahrs

München, 22. Oktober. In den gestrigen Abendstunden hat Generalstaatskommissar v. Kahr, folgende Kundgebung erlassen: Die Anordnung des bayerischen Gesamtministeriums vom 20. Oktober 1923, durch welche die Dienstenthebung des Generals von Lossow für Bayern außer Wirksamkeit gesetzt werde, stützt sich auf Artikel 48, Abs. 1, der Reichsverfassung. Sie stellt daher keinen Bruch der Reichsverfassung, sondern vielmehr eine mit der Reichsverfassung im vollen Einklang stehende Maßregel dar. Die Ernennung des Nachfolgers durch die Reichsregierung ist schon deshalb unmöglich, weil die bayerische Regierung unter keinen Umständen die erforderliche Zustimmung erteilen würde.

Gegenmaßnahmen reichstreuer Bayern?

Nürnberg, 22. Okt. (Montagmorgen.) In Nürnberg verfolgt man die jüngste Entwickelung in München begreiflicher Weise mit der größten Aufmerksamkeit. Die Beunruhigung, die schon seit längerer Zeit herrscht, ist außerordentlich gewachsen. In verfassungstreuen Kreisen schweben zurzeit Verhandlungen über eine eventuelle Gegenwirkung gegen die Münchener Aktion, über deren Ergebnis im Augenblick noch nichts gesagt werden kann. Der Telephon- und Telegraphenverkehr aus Bayern unterliegt einer strengen Bewachung.

Besprechung zwischen Württemberg, Baden und Hessen in Stuttgart

|| Darmstadt, 21. Oktober. Amtlich wird mitgeteilt: Die hessische Regierung hat auf Grund der letzten Nachrichten über die innerpolitischen Ereignisse, sofort mit Württemberg und Baden Fühlung genommen. Heute, Montag, findet dieserhalb eine Besprechung in Stuttgart statt. Die hessische Regierung hält entschlossen an dem Reiche fest und wird hierfür alle ihre Kräfte einsetzen.

Die rote Fahne erneut verboten

:-: Berlin, 22. Oktober. Vom Reichswehrministerium ist ein neues Verbot der „Roten Fahne" ergangen, weil das Blatt in seiner gestrigen Ausgabe trotz der erst vor wenigen Tagen im Reichswehrministerium gegebenen Zusicherung, wieder zur Besinnung der Arbeiterschaft aufgefordert und den politischen Generalstreik proklamiert hat.

Die Lösung in Sachsen

*** Die Ereignisse der letzten Tage haben auch denen, die noch daran zweifelten, deutlich bewiesen, daß die Reichsregierung mit voller Unparteilichkeit und Entschlossenheit die verfassungsmäßigen Zustände im Reich zu wahren gedenkt. Es scheint auch, als ob man sich in Sachsen nunmehr der Tatsache nicht verschließt, daß es in dem bisherigen Spiel nicht weitergehen kann und daß die Reichstreue Sachsens nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten bekundet werden muß. Eine gewisse Presse hat sich schon darin gefallen, die Zustände in Sachsen so düster zu malen als ob dort überhaupt kein Mensch mehr seines Lebens und Eigentums sicher wäre. Einen Augenblick lang konnte es so scheinen, als ob die sächsische Frage eine so schwere Belastung der Reichspolitik werden würde, daß das Verbleiben der sozialdemokratischen Minister im Koalitionskabinett dadurch in Frage gestellt würde. Indessen ist diese Gefahr hoffentlich jetzt gebannt. General Müller, hinter den sich die Reichsregierung einmütig gestellt hat, hat die taktische Ungeschicklichkeit, die in seinem Ultimatum an den sächsischen Ministerpräsidenten lag, zum größten Teil wieder gutgemacht durch das maßvolle und sachliche Schreiben, welches für die weiteren Maßnahmen des Wehrkreiskommandos die Unterstützung der sächsischen Regierung erbittet. Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß die Reichswehrverstärkungen in Sachsen als eine Art Exekutive gegen die Regierung aufgefaßt werden; die Bekanntmachung des Wehrkreiskommandos betont auch ausdrücklich, daß die Maßnahmen sich nicht gegen das werktätige Volk richten, sondern gegen die Plünderer und Feinde der demokratischen Republik. Es wird nun alles darauf ankommen, daß die Reichswehr sich bei ihrem Vorgehen bei aller Tatkraft und Energie vor Uebergriffen fernhält, die den Zündstoff für eine neue Erregung abgeben könnten. Die bayerische Meuterei, so beklagenswert sie an sich ist, wird doch vielleicht den radikalen Heißspornen vom Schlage Zeigners die Augen dafür öffnen, wessen Geschäfte sie im Grunde mit ihrer törichten Polemik gegen das Reichswehrministerium und die Reichsregierung besorgt haben. Diese heilsame Wirkung darf man vielleicht auch erhoffen bei der sozialdemokratischen Linken in Preußen und vor allem in Berlin. Mancher der Berliner Funktionäre wird sich jetzt vielleicht an die prophetischen Worte Hilferdings auf dem letzten Bezirksparteitag erinnern und sich beschämt eingestehen, daß der ganze Sturmlauf gegen die Koalitionsregierung eine gewaltige politische Torheit war. Ob eine derartige Einsicht bei den Kommunisten noch möglich ist, bleibt natürlich mehr als zweifelhaft. Es wäre schon viel gewonnen, wenn die sozialdemokratischen Massen sich einmal klar würden darüber, auf welche gefährlichen Irrwege die kommunistische Alles- oder Nichtspolitik sie gelockt hat. Was vor allem nottut, ist jetzt Schnelligkeit. Die sächsischen Unruhestifter dürfen garnicht erst zur Besinnung kommen und Zeit gewinnen, um sich der veränderten Situation anzupassen. Wird in Sachsen in wenigen Tagen Ruhe und Ordnung wiederhergestellt, dann werden auch die Kommunisten, die es ja immer verstanden haben, sich totzustellen, mit einem Male wieder klein und bescheiden werden. Und die Sozialdemokraten werden im Grunde ihres Herzens heilfroh sein, den gefährlichen Bundesgenossen auf schnelle und schmerzlose Weise unschädlich gemacht zu haben. —

Die „rheinische Republik" ausgerufen

Lokales Vorgehen der rheinischen Separatisten in Aachen

Ch. **Genf, 22. Oktober.** (Eig. Ber.) **Havas meldet: Die rheinische Republik ist in Aachen ausgerufen worden. Alle öffentlichen Gebäude sind von den Rheinländern besetzt worden. Die Separatisten haben eine provisorische Regierung gebildet und der belgische Oberkommissar hat erklärt, daß er die Urheber der Proklamation der rheinischen Republik für alle die öffentliche Ordnung in Aachen betreffenden Handlungen verantwortlich ansehe.**

Ein Drahtbericht aus Aachen, der über Paris kommt, meldet hierüber noch folgende Einzelheiten:

Die rheinische Republik ist in Aachen ausgerufen worden. Alle öffentlichen Gebäude sind heute früh um 4 Uhr von den Separatisten besetzt worden. Der rheinische Freistaat wurde auf die Rathäuser und Bahnhofsamt gehißt. Die Schutzpolizei hat keinerlei Widerstand geleistet. Eine Proklamation teilt die vollzogene Tatsache mit und verbietet jeden Widerstand, jede Manifestation sowie Ansammlungen. Die rheinischen Truppen werden nach dem Norden der belgischen Zone marschieren und sich dann der englischen Zone zuwenden. Nach noch im Verlaufe des Vormittags eingetroffenen Meldungen rührt die in der belgischen Zone ausgebrochene Bewegung weder von der Gruppe Dortens, noch von der Gruppe Smeets, noch von der Gruppe Matteus her. An der Spitze der Bewegung befindet sich vielmehr der in Separatistenkreisen bekannte Aachener Kaufmann Beker. Es ist nichts Genaues darüber bekannt, ob er isoliert handelt. Der belgische Oberkommissar für die besetzten Gebiete, Collin Jasquenins, ist in Aachen eingetroffen und hat unverzüglich Maßnahmen getroffen, für den Fall, daß die Ruhe gestört wird. Er erklärte den Anführern der Bewegung, daß er neutral zu bleiben beabsichtige und daß er, da er sich einer vollzogenen Tatsache gegenüber befindet, die Urheber der Proklamation für die rheinische Republik als für die öffentliche Ordnung verantwortlich ansehe. Die in Brüssel anwesenden Minister wurden von Theunis aufgefordert, sich zu einer Sitzung zu versammeln. Das geschah dann wenige Stunden nachher unter dem Vorsitz Theunis. Man nahm von dem Bericht des Ministers für die nationale Verteidigung Kenntnis.

Die Pariser Drahtzieher

Berlin, 22. Oktober. In Bonn war am Sonnabend die Schupo von bewaffneten Separatisten entwaffnet worden. Als die Reichsregierung von diesem Vorgang Kenntnis erhielt, richtete sie an die französische Regierung eine scharfe Protestnote. Ministerpräsident Poincare hat am Sonntag darauf geantwortet: Er habe bereits Anordnung getroffen, daß die Bonner Polizei ihre Waffen wieder erhalten soll. In der Antwort Poincares fehlt der rechtfertigende Satz, die Bonner Polizei dürfe nicht auf harmlose politische Demonstrationen schießen.

Köln, 21. Oktober. Die Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen bestätigt sich. In der Stadt selbst herrscht Ruhe. Alle telephonischen Verbindungen zwischen Köln und Aachen sind unterbrochen. Nach Mitteilungen, die um 1 Uhr mittags in Köln vorlagen aus Bueren, Koblenz, Bonn, Düsseldorf, Eschweiler, Jülich, Stollberg und Mainz, handelt es sich bei dem Aachener Putsch der Sonderbündler lediglich um einzelne Einzelaktionen.

Gegenbewegung der Gewerkschaften

Ch. Köln, 22. Oktober. (Eig. Ber.) Nach Meldungen aus Aachen habe gestern Nachmittag auch eine Gegenbewegung über die Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen eingesetzt. Gegen 2 Uhr gingen 5 bis 6000 Gewerkschaftler mit der Wiederbesetzung einer Anzahl öffentlicher Gebäude vor. Es gelang ihnen mehrere Polizeiwachen und das Haupt-Telegraphenamt zu besetzen und die bewaffneten Sonderbündler zu vertreiben. Um 6 Uhr wurde Aachen von neuem von jedem Verkehr abgeschnitten. Aus dem übrigen Rheinland liegen bis heute früh keinerlei Meldungen vor, daß die Ausrufung der rheinischen Republik in Aachen eine gleiche Bewegung auch in den übrigen rheinischen Städten ausgelöst habe.

Die bayrischen Verkommnisse sollen im Reichsrat geklärt werden

Berlin, 22. Oktober. Wie die T.-U. von zuverlässiger Seite erfährt, hat die durch das gestrige Vorgehen Bayerns geschaffene Lage eine Entspannung erfahren. Eine Neuvereinigung der Truppen der 7. (bayr.) Division hat nicht stattgefunden und ist nicht geplant. Dem Vernehmen nach besteht die Absicht, die verschiedenen, in letzter Zeit zu Tage getretenen Auffassungen zwischen dem Reich und Bayern zum Gegenstand der Erörterungen in einer Sitzung des Reichsrates zu machen, um einen, dem Interesse des Reiches, Bayerns und der übrigen Länder grechtwerdenden Ausgleich zu ermöglichen.

Auch die Gewerkschaften gegen den Belagerungszustand

Berlin, 21. Oktbr. Die Forderung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei auf Aufhebung des Belagerungszustandes wird auch von den Gewerkschaften durch einen gemeinsamen Beschluß der Bundesvorstände des ADGB., des Afa-Bundes und des ADB. unterstützt. Die Spitzenvertreter der Gewerkschaften weisen nach dem „Vorwärts" insbesondere darauf hin, daß bereits mehrfach durch Eingriffe der militärischen Befehlshaber die freie Betätigung der legalen gewerkschaftlichen Organisationen behindert wurde und dadurch der Eindruck einer einseitigen Parteinahme zu Gunsten der Unternehmer hervorgerufen worden ist. Deshalb wird seine baldige Aufhebung dringend verlangt.

Streikparole der mitteldeutschen Bergarbeiter

:-: Halle, 21. Oktober. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirksleitung Halle, richtet an die Bergarbeiter Mitteldeutschlands einen Aufruf zum Eintritt in den Streik, weil die den mitteldeutschen Bergarbeitern durch den letzten Schiedsspruch zugebilligte Lohnerhöhung von 300 Prozent und die Entscheidung über die geforderte Umänderung der Lohntabellen unannehmbar sei. Die Notstandsarbeiten sollen unter allen Umständen verrichtet werden.

Hamburgs Treugelöbnis

TU. Hamburg, 22. Oktober. (Eig. Bericht.) Der hamburgische Senat hat an die Reichsregierung folgende Kundgebung gerichtet: Der Senat, der nach dem Eintreffen des Aufrufes der Reichsregierung zu einer Sondersitzung zusammengetreten ist, erneuert für die hamburgische Bevölkerung in dieser ernsten Stunde das Gelöbnis der Treue zum Reich und zu seiner Verfassung. Ihre Treue kann sich nur daraus offenbaren, daß über alle Sonderinteressen die Ehrfurcht vor dem deutschen Einheitsgedanken steht, der allein uns aus Zwietracht und Demütigung zu erlösen vermag. Mögen sich in dieser Erkenntnis alle wahrhaft Deutschfühlenden hinter die Reichsregierung stellen und so die namenlose Verelendung unseres Unglücks, die einen Verfall des Reiches bringen würde, verhindern. Hamburg ist bereit, diese Pflichten gegen Reich und Vaterland zu erfüllen.